

Internationales Statement von Revolution zur antisemitischen Tat in Australien am Bondi Beach

Von Yorick F., Lesezeit 3 Minuten

Am Morgen des 14.12. eröffneten zwei Schützen am Bondi Beach in der australischen Hauptstadt Sydney das Feuer auf etwa 1000 Menschen, die sich im Rahmen der Chanukka-Festlichkeiten am Strand versammelten.

Die beiden Schützen, die 15 Menschen am Bondi Beach getötet haben, begingen einen abscheulichen antisemitischen Terrorakt, der weltweit verurteilt werden muss. Nicht zuletzt von uns, die wir uns für die Verteidigung der Menschen in Gaza, als Opfer von massivem Staatsterrorismus, sowie für ihr Recht auf Widerstand einsetzen.

Die Täter dieser abscheulichen Tat waren laut Polizeibericht Anhänger des Islamischen Staates (IS), dessen Opfer sich größtenteils in den arabischen und muslimischen Ländern des Nahen Ostens befinden. Sie waren Vater und Sohn, welche in den Außenbezirken Sydneys lebten und durch das mutige Eingreifen eines syrischen Obsthändlers davon abgehalten werden konnten, noch mehr Menschen zu ermorden.

In erster Linie muss unser tiefstes Mitgefühl den Familien der Opfer, ihren Freunden und den Zeugen dieses Grauens, die gerade fröhlich das jüdische Winterfest Chanukka feierten, gelten. Einer der Getöteten war offenbar ein Überlebender des Holocaust.

Die Linke hat sich trotz der Verleumdungen Israels und der Zionisten, dass die Verteidigung Palästinas gleichbedeutend mit Antisemitismus sei, stets als prinzipientreue und militante Gegnerin rechter faschistischer Kräfte gezeigt, unabhängig von deren konkreten rassistischen und religiösen Ideologien. Wir

müssen die jüdischen Gemeinden weiterhin gegen jede Form dieser giftigen Ideologie verteidigen, von einfachen Beschimpfungen bis hin zu Angriffen auf Einzelpersonen oder Gotteshäuser. Dies gilt umso mehr in Zeiten eines globalen Rechtsrucks, welcher auch die rassistischen wie antisemitischen Angriffe auf Jüd:innen weltweit in die Höhe treibt.

Israelische Politiker:innen und ihre rechtskonservativen Anhänger haben sich beeilt, die Massenbewegungen zu verurteilen und in einen Zusammenhang mit diesem antisemitischen Anschlag zu bringen, die sich gegen den anhaltenden Völkermord in Gaza und die ethnische Säuberung im Westjordanland richten. In der Stoßrichtung werden sie dabei von westlichen Regierungen verteidigt und unterstützt. Solche instrumentalisierenden Diffamierungen gegen eine Bewegung gegen einen Genozid weisen wir als eine Verhöhnung der Opfer und als im Kern selbst antisemitisch scharf zurück!

Wir weisen darauf hin, dass in den USA, Großbritannien und vielen anderen Ländern jüdische Menschen, darunter auch Holocaust-Überlebende, an Palästina-solidarischen Demonstrationen teilgenommen haben, für ihre Anklagen begrüßt wurden und eine herausragende Rolle bei deren Organisation gespielt haben. Wir dürfen niemals vergessen, welche Rolle der Antisemitismus im 20. Jahrhundert gespielt hat, der im Holocaust gipfelte. Er inspiriert unseren Widerstand gegen alle Formen des Völkermords. Die Identifizierung von Jüd:innen weltweit mit einem genozidalen Apartheidstaat und die Instrumentalisierung ihrer Unterdrückung, ihrer Trauer und ihres Leids für diesen durch die rechtsradikale Netanjahu-Regierung und ihre westlichen Verbündeten sind an Heuchelei und Widerwärtigkeit kaum zu überbieten und müssen von uns bekämpft werden!

Sie zeigen auch auf, wie Israel nicht als ein internationales Bollwerk gegen Antisemitismus gesehen werden kann, sondern im Gegenteil ein Hindernis im Kampf gegen den weltweit grassierenden Antisemitismus darstellt!

Das oft bemühte und an sich richtige „gegen jeden Antisemitismus“ muss auch eben dies in den Blick nehmen, um tatsächlich gegen Antisemitismus zu kämpfen und nicht nur zum Werkzeug zur Diffamierung antizionistischer und

palästinasolidarischer Kräfte zu dienen.

Ob in Australien, den USA, Europa oder sonst wo: Wir müssen alle Unterdrückten, welche Ziele dieser und anderer Formen des Rassismus werden, in Europa v. a. muslimische sowie jüdische Gemeinschaften und Geflüchtete und Asylsuchende, schützen. Wir müssen dafür kämpfen, die Jugend und die Arbeiter:innenklasse gegen dieses Gift zu mobilisieren, das darauf abzielt, ihren gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus zu spalten und zu schwächen.

Wir müssen für demokratische Selbstverteidigungsstrukturen gegen solche Angriffe kämpfen und für eine Bewegung, welche dem Elend des Kapitalismus und seiner rassistischen und mörderischen Unterdrückung und Gewalt ein Ende setzen kann!

Petitionen gegen Buschfeuer!?

Was gerade eigentlich in Australien abgeht und was Fridays for Future dagegen tun kann.

Von Christian Mayer

Das derzeit verheerendste Buschfeuer in der Geschichte Australiens bewegt weltweit die Menschen. Allein seit Ausbruch der Brände im

Oktober letzten Jahres ist in den Bundesstaaten New South Wales (NSW) und Victoria eine Fläche etwa so groß wie die Schweiz verbrannt. Die Folgen sind katastrophal.

Folgen der Brände

So sind in vier Monaten nicht nur ca. 24 Menschen in den Flammen verbrannt. Auch über 480.000.000 Tiere kamen dabei ums Leben.

Die

Feuerwehr der betroffenen Bundesstaaten ist dabei machtlos: Durch ständige neue

Hitzerekorde und wechselnd starke Winde aus unterschiedlichen Richtungen sowie

seit Monaten ausbleibenden Regen sind die Brände völlig außer Kontrolle geraten. Unzählige Ortschaften mussten bereits evakuiert werden. Längst haben

die Brände aber auch die Nähe zu den großen Metropolen erreicht. In Australiens

Hauptstadt Canberra wurde die Bevölkerung bereits dazu aufgerufen, sich durch

das Tragen von Atemmasken vor dem lebensgefährlichen Rauch zu schützen.

Die

Feuerwehrleute, die versuchen, sich den Brandherden zu nähern, begeben sich in akute

Lebensgefahr. Innerhalb kürzester Zeit breiten sich die Flammen auf dem meist

flachen Land und in den Wäldern aus und überrollen alles, was sich ihnen in den

Weg stellt. Insbesondere Tiere wie Kängurus oder Koalabären gehören zu den

Opfern: da diese aufgrund ihrer Anatomie nicht so schnell fliehen können oder

in Zäunen stecken bleiben verbrennen sie qualvoll bei lebendigem Leib.

Ursachen

Nun mag man vielleicht etwas irritiert sein wenn man von

Hitzerekorden jenseits der 45-Gradmarke liest, schließlich gibt es

Weltregionen, da ist dies die „normale“ Tagestemperatur. Das mag sein,

allerdings handelt es sich dabei in der Regel um Wüsten und nicht um Grasland

oder Waldgebiete wie in Australien. Durch die anhaltende Trockenheit, die durch

diese Temperaturen entsteht, erhöht sich die Wald- und Buschbrandgefahr automatisch

(das kennen wir in Deutschland auch vom letzten Sommer). Es reicht schon minimalster Funkenflug aus, um eine verheerende Katastrophe auszulösen.

Das

liegt an der Vegetation in Australien: Dort wachsen vorwiegend Eukalyptusbäume

und diese haben die Eigenschaft zu brennen wie ein nordamerikanischer oder

europäischer Nadelbaum. Auch die großen Flächen an Grasland sind ein natürlicher

Brandbeschleuniger.

Doch die Vegetation ist nicht Hauptursache für die

Buschbrände: Die derzeitige Hitzewelle im australischen Sommer ist eine direkte

Folge des Klimawandels und die akute Bedrohung ein Produkt der neoliberalen

Politik der australischen Regierung. Bereits im Jahre 2007 warnten

Wissenschaftler_Innen davor, dass die Anzahl der Brände sich verdoppeln und die

Folgen verheerend sein könnten, wenn die CO₂-Emissionen, welche vorwiegend

durch die Kohleverstromung erzeugt werden, nicht drastisch reduziert werden.

Kohleland

Australien ist weltweit einer der größten Kohleproduzent_Innen.

Die dort abgebaute Kohle wird zum Großteil nach Indien und China exportiert und

dort zur Energiegewinnung genutzt. Aber auch für die eigene Stromerzeugung wird

Kohle benutzt. Eine Abgasnachbehandlung, wie sie für europäische Kohlekraftwerke

zum Betrieb vorgeschrieben ist, gibt es in Australien fast nicht. Somit wird

ungehindert eine noch größere Menge an CO₂ in die Atmosphäre freigesetzt. Durch die damit einhergehende Erwärmung vertrocknet die Vegetation und die Brandgefahr steigt. Unzählige Studien und Warnungen von Wissenschaftler_Innen haben die konservative Regierung von Australiens Premierminister Scott Morrison heruntergespielt und einen Zusammenhang zwischen Kohleabbau und Klimaerwärmung geleugnet. Noch während die ersten großen Brände ausbrachen ist Scott in den Urlaub nach Hawaii geflogen. Als ob diese Dreistigkeit angesichts der tödlichen Katastrophenbrände noch nicht genug ist, ist er weiterhin der Meinung, dass der Kohleabbau in Australien sogar noch weiter ausgebaut werden sollte! Doch auch die oppositionelle Labour-Partei steht ihm in ihrer pro-Kohle-Politik in nichts nach.

Die aktuelle Katastrophe in Australien zeigt ganz eindeutig auf, dass sich Klimaschutz und Kapitalismus nicht miteinander vereinbaren lassen. Und die bürgerlichen Regierungen lassen mal wieder erkennen, auf wessen Seite sie stehen: Die Profitinteressen der Wirtschaft scheinen ihnen wichtiger zu sein als die Interessen der gesamten Gesellschaft und der Natur. Hinzu kommt, dass durch die jahrelange neoliberale Sparpolitik in Australien öffentliche Infrastruktur, wie beispielsweise die Feuerwehr, immer weiter abgebaut wurden. Obwohl sich die Feuerwehr seit Jahren immer wieder mit Protestbriefen an die Regierung gewendet hat, dass sie den wachsenden Anforderungen mit zu geringem Personal und zu schlechter Ausrüstung nicht gewachsen sind, hat die australische Regierung munter weiter gespart, um das Geld den Kohlekonzernen in Form von Subventionen zukommen zu lassen.

Petitionen und Entertainmentprogramm im Berliner Olympiastadion

Als Fridays for Future können wir eine solche Katastrophe natürlich nicht unkommentiert lassen. Im Gegenteil: Wir müssen hier vor Ort die verfehlte Politik von Morrison angreifen und aktiv werden. Das heißt natürlich vor allem gegen die Kohlekonzerne vor unserer eigenen Haustür zu protestieren. Aber auch andere exportorientierte deutsche Unternehmen verdienen auch im Ausland mit den Klimakillern. So will beispielsweise der Großkonzern Siemens die Bahninfrastruktur für den Bau der größten australischen Kohlemine stellen. Dabei hat der Siemensvorstand noch vor kurzem ganz stolz verkündet eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz einnehmen und bis 2030 „klimaneutral“ werden zu wollen. Die Strategie von Siemens entspricht der gängigen „Greenwashing“-Strategie deutscher Konzerne. Hierzulande werden die Umweltbilanzen geschönt, indem die umweltschädliche Produktion einfach im Ausland stattfindet.

Für viele in Fridays for Future ist das ein Skandal, weshalb nun eine Petition gestartet wurde, die Siemenschef Kaeser dazu auffordert, seine Investitionen noch einmal neu zu überdenken. Mit großen Protestaktionen am Freitag haben wir den Druck noch einmal verstärkt. Kaeser sah sich deshalb gezwungen (die selbsternannte Führungsfigur von Fridays for Future) Luisa Neubauer zu einem Gespräch einzuladen. Währenddessen bot er ihr dann einen Platz im Aufsichtsrat von Siemens an.

Auch diese Taktik kennen wir schon. So versuchen viele

Institutionen oder Unternehmen unserer Klimabewegung den oppositionellen Charakter zu nehmen, in dem sie uns versuchen in ihr System zu integrieren. Eine ähnliche Entwicklung hat auch die Partei die Grünen hingelegt, die sich auf ihrer Geburtstagspartei zum Vierzigsten am Wochenende auch noch dafür gefeiert hat.

Auch denken wir, dass eine Petition kaum Einfluss auf einen Großkonzern wie Siemens haben kann, denn dieser untersteht in erster Linie immer noch der Profitlogik. Der Kapitalismus kann nur funktionieren, solange sich alles dem Profit unterordnet, egal ob es nun die Umwelt, das Klima oder Menschenleben sind. Und wer wüsste das besser als Siemens. Es gibt einige Beispiele für Petitionen aus den letzten Jahren, die von den amtierenden Regierungen einfach ignoriert wurden, sobald sie die Profitinteressen der jeweiligen Großkonzerne antasteten. Zum Beispiel die europäischen Großpetitionen gegen TTIP oder Artikel 13. Bei der Petition gegen Artikel 13 haben EU-weit zwar fast 4 Millionen Menschen unterschrieben, aber das war dem EU-Parlament ziemlich egal: Artikel 13 und die Uploadfilter kamen trotzdem.

Ähnliche Folgenlosigkeit erwarten wir vom geplanten Bespaßungsevent am 12.06. im Berliner Olympiastadion. Es ist zwar bestimmt ganz unterhaltsam, wenn man sich mit 60.000 anderen zusammen trifft, sich Vorträge von angeblichen „Expert_Innen“ anhört, um anschließend eine bereits ausgearbeitete Petition zu unterschreiben – allerdings ist dann noch nicht gesagt, dass das auch ein verbindliches Ergebnis nach sich zieht. Ja, es mag sein, dass sich der Petitionsausschuss des Bundestags damit befassen muss bei 50.000 Unterschriften. Ob dann tatsächlich ein Gesetz daraus wird, was verbindlich ist, steht auf einem anderen Blatt Papier. Es besteht durchaus die Gefahr, dass

das Thema zwar im Petitionsausschuss angesprochen wird, aber es kann genauso gut in den Untiefen der Bundestagsbürokratie versumpfen oder es wird abgelehnt, das Thema überhaupt weiter zu verfolgen. Statt passivem Konsumieren von „Expert_Innenmeinungen“ und dem stumpfen Unterschreiben eines vorgefertigten Textes hätten wir außerdem lieber selber über die Zukunft und Perspektive von Fridays for Future diskutiert. Hinzu kommt, dass man sich vorher noch eine Eintrittskarte zu diesem Event kaufen muss. 29,95€ sind für viele von uns eine große Summe Geld. Wir sind entschieden dagegen, dass nur privilegierte Aktivist_innen an den Aktionen von FFF teilnehmen können.

Alternative: #Klassenkampf

Auch wenn es nicht schaden kann eine solche Petition zu starten, können wir es nicht dabei belassen. Gerade jetzt in einer Situation, in der die Teilnehmer_Innenzahlen von Fridays for Future kleiner werden und Aktivist_Innen zunehmend demoralisiert sind, können wir uns keinen weiteren Misserfolg leisten. Solange eine Petition alles ist, was wir dieser Politik entgegenstellen, werden wir verlieren und das wird erneut für Frustration in der Bewegung sorgen. Wenn wir tatsächlich Siemens stoppen wollen, müssen wir die dortigen Beschäftigten für unsere Ideen gewinnen. Mit gemeinsamen Streiks von uns Schüler_innen/Studis und Beschäftigten können wir den Konzern dort treffen, wo es ihm wirklich weh tut: nämlich bei seinen Profiten. Es ist die kapitalistische Profitlogik, die zum immer weiteren Ausbau der klimaschädlichen

Kohleproduktion

in Australien führt, die Anlass für die Kürzungsmaßnahmen bei der australischen

Feuerwehr gegeben hat und die auch im nächsten Jahr zu Massenentlassungen bei

Siemens führen könnte. Als Klimabewegung haben wir mit den Arbeiter_Innen

gleiche Interessen und einen gemeinsamen Feind. Dafür müssen wir Awareness in Fridays

for Future schaffen und das in unseren Aktionen zum Ausdruck bringen. Der FFF-Nordkongress

letzte Woche in Hamburg hat bereits vor gemacht, wie das geht und sich

Mehrheitlich für einen Schulterschluss von Fridays for Future mit den

Gewerkschaften ausgesprochen. Das ein richtiges Zeichen, auf dem wir aufbauen

müssen! Ohne die soziale Frage hat Fridays for Future keine Future.